

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

184 (5.7.1919) Erstes Blatt



# Karlsruher Tagblatt

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

**Badische Morgenpost**

Chefredakteur: Oskar Respert; verantwortl. für Inhalt: Martin Solinger; für Baden, Soles und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilbronn: Carl Gellmer; für Anstalt Paul Kubmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Vertretung: Dr. Kurt Feinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt 1144 und 2302. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erlaubt, wenn Vorwort beifolgt ist.

116. Jahrg. Nr. 184.

Samstag, den 5. Juli 1919

Erstes Blatt.

## Wilson's letzte Großtat.

Es ist kein Zweifel möglich: der wahrhaftige Mantelebrief, der dem Verfall: Senespruch zur Entente dienlich ist, der jeder des amerikanischen Vorkriegs entzogen. Dies bezeugt nicht nur auf dem Einwand, sondern auch die Einbeziehung seit der Entente auf der letzten Bedingung, als bedingte exemplarische Bestätigung, so weit möglich, zu rechtfertigen. Sie dürften sich nicht in Widerspruch mit sich selber sehen.

Dies gilt in erster Linie von Wilson. Bei der Urheberschaft des Krieges kommt er persönlich allerdings nicht in Betracht. Insofern die Entente, und insbesondere England, auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten von vornherein haben rechnen können, haben diese indes mitgeteilt. Die Solidarität war gegeben durch die Furcht der Entente vor dem Japaner. Auf einen Krieg gegen Japan, der ihnen drohte, durften sie die Vereinigten Staaten, die so gut wie kein Landher besaßen, und deren Kriegsflotte, selbst wenn sie der japanischen Seemacht gegenüber gewesen wäre, dem asiatischen Inselreich jenseits des Großen Ozeans unmöglich bekommen konnte, auf sich allein gestellt, nicht ankommen lassen. Durch das Bündnis mit Japan hielt England zugleich ihnen dieses vom Leibe und sie unter dem Damoklosschwert. Dies genügt offenbar, sie im Falle der europäischen Krieg, wie dieser ist der Entente cordiale zwischen England und Frankreich in der Luft lag, zum Ausdruck kam, auf die Seite der Entente zu bringen. Hierzu kam der Anglistismus, der den Panee mit dem englischen Vorkriegsstand unaufhörlich befruchtete und der in Woodrow Wilson einen so individuellen Vertreter besaß. Die Verantwortung drängt sich auf, daß schon zur Zeit der Präsidentenwahl Roosevelt zwischen dem Weissen Haus und Downing-Street eine Verständigung erfolgt ist, die einer „Konvention“ gleich kam. Jedenfalls hat Wilson gleich nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland Himmel und Erde in Bewegung zu setzen versucht, damit auch die amerikanischen Nationen losgingen. Wenn auch Wilson hierzu nicht zu haben war, so hat er doch von ersten Tage an — mitgemacht, indem er sich über Deutschland verhängten Hungerblockade anließ und die Vereinigten Staaten sich in ein Kriegszustand umgewandelt. England durfte unter keinen Umständen unterliegen. Das englische Millionenheer ist tatsächlich bereits ein amerikanisches gewesen, ohne amerikanische Maschinen und Kriegsmaterialien aller Art hätte es nie und nimmer bestehen können. Als wir unzerstört, auf unsere U-Boote getrieben, England in Blockadezustand erklärten, setzte sich Wilson dagegen, und drohte, falls wir den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht einstellten, mit offenem Krieg. Ohne die Weisheit Wilson's für die Entente wäre der Krieg, wie man dies deutlicher als am maßgebenden Stelle ausdrücklich erwartet hat, noch vor Ablauf des Jahres 1914 zu Ende gegangen, hätte es bei einem ritterlichen Waffengang zwischen europäischen Mächten sein Bewenden gehabt. Daß es zum Weltkrieg und zu einem mehr als vierjährigen Gemetzel gekommen ist, ist das eigene Werk des „Räufers“ Wilson. Er aber hat nicht laut und nachdrücklich genug seine Friedensliebe in die Welt hinausgerufen, sich nicht genug auf Völkervereinigung, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit berufen können. Seine Amerikaner waren, wie er es ihnen selber nicht oft genug hat sagen können, von so idealistischen Bewegungen angezogen, wie derjenige, der Kreuzzüge für das deutsche Volk als solches, das am Krieges unzulässig ist, hätte er angeblich nur Mühe gefühlt und Wohlwollen. Aus dem Kriege durfte kein Sieger hervorgehen, der dem Unterlegenen Gewalt anbot.

Und dieser Wilson hat das Verfall: Todesurteil über Deutschland mit unterzeichnet. Wie soll er da nicht das Bedürfnis empfunden haben, sich vor der Welt, die ihn als den Verfechter von Freiheit und Frieden auf den Schild gehoben hat, und zumal vor seinen Amerikanern zu rechtfertigen? Nichts einfacher. Der so freudig Widerstand zwischen seinen Reden und seinen Taten datierte nicht von gestern. Er brauchte seine Redekunst, wie seine Schemen und Taktik, nur in den Dienst der Entente zu stellen und Clemenceau das Schriftstück unterzeichnen zu lassen.

Während er am 16. Oktober 1916, gelegentlich der Begründung der amerikanischen Seeflotten, verkündet hat: den gegenwärtigen Krieg hat kein besonderer Anlaß hervorgerufen, sondern die Gesamtheit der Umstände; hier es steht: „der 1914 zum Ausdruck gekommene Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, das jemals bemühter Weise von einer Nation begangen worden ist, die sich für eine zivilisierte ausstieß.“ Diese Nation ist die deutsche Nation. Während langer Jahre haben die deutschen Regierungen, getreu der deutschen Heberlieferung, ihre Anforderungen vergrößert, um sich die Hegemonie Europas zu sichern. — Sie haben ein unterwerfenes Europa beherrscht und tyrannisiert wollen, wie sie ein untertaniges Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um dieses Ziel willen haben sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihren Untertanen den Verfall: eingepreßt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Macht das Recht sei —. Sie haben versucht, zwischen den Nationen Haß und Verdacht zu säen, statt der Freundschaft. Sie haben ein System der Spionage und der Ränke entwickelt, das ihnen verriet hat, innere Intrigen und Aufstände zu erregen, und sogar geheime Verabredungen zu treffen für eine Offensive auf dem Boden ihrer Nachbarn, um wenn der Augenblick gekommen sei, sie mit um so mehr Sicherheit und Beschleunigung zu können.

Das sind Sätze, wie sie selbst ein Clemenceau oder Lloyd George nicht in den Mund nehmen könnten, ohne sich vor ganz Europa lächerlich zu machen. Um so mehr erziehen sie jenen Panee angemessen, die von europäischen Dingen so wenig zu wissen brauchen wie derjenige, die Kreuzfahrer von Palästina. Von einem russischen Zarenreich, das auf das Bündnis mit Frankreich und England gestützt, die Hand nach Konstantinopel und Dardanien ausstreckte, unter dem Jubel von Franzosen und Engländern seine „Dampfwalze“ gegen Berlin in Bewegung gesetzt hat, weiß der einmütige Geschichtsforscher Wilson so wenig wie von dem Reichshilfsleiter, bis zu den Jahren erwachsenen Frankreich oder dem unerlässlichen England, das seit Jahr und Tag darauf bedacht, Deutschland nie-

berzukämpfen, seine gesamte Weltflotte in der Nordsee versammelt und am 27. Juli 1914 frisch mobil gemacht hat. Es ist wohl jenes Deutschland, dessen Kaiser und Kanzler seit einem Menschenalter auf nichts so sehr bedacht gewesen sind, als mit Frankreich, Rußland, England und auch mit dem „großen Freunde“ jenseits des großen Wassers, auf möglichst freundschaftlichem Fuße zu stehen, das mit Österreich-Ungarn und Italien zum Dreieck vereinigt war, das zwischen den Nationen Haß und Verdacht, statt Freundschaft, zu säen versucht hätte? Es wären die französischen zuchwürdigen Chauvinisten und wutschraubenden englischen Jingos, mit

## Englischer Sieg und englische Heuchelei.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

„The world is becoming readily English“ — Die Welt wird in schnellem Tempo englisch — dieses Wort ist vor dem Kriege aus englischem Munde gefallen, und geteilt in englischen Unterreden würde Lloyd George seine Triumphrede, wenn nicht auch jetzt kluge englische Heuchelei ihn daran gehindert hätte, mit den Worten schließen dürfen: Die Welt ist englisch geworden. Denn so ist es. Wir wollen in dieser schweren Stunde jedes Deutschen und der deutschen Geschichte wenigstens den Mut zur Offenheit haben, und aus der starken Erkenntnis heraus kann der neue Weg und die neue Kraft zu fruchtbareren Taten gefunden werden.

Der englische Sieg ist heute restlos. Lloyd George hat ihn mit seiner Rede, die bis in die englischen Schulbüchern eingegeben wird, auf allen Seiten beleuchtet. Der einzige Gegner, welcher der englischen Welt Herrschaft seit Napoleon gefährlich werden konnte, dessen Stärke aber noch viel gewaltiger war und über 7 Millionen englischer Bürger zu den Waffen zwang, liegt wehrlos am Boden. Die in zwei Jahrhunderten unter der Hohenzollernherrschaft geschaffene Kriegsmaschine, die besonders seit 1866 und 1870/71 der härteste Trumpf in der internationalen Welt gewesen war, bis die vielbewunderte angelsächsische Politik sich als stärker erwies, die deutsche Kriegsflotte, 1914 die zweitgrößte, ist von den Meeren verschwunden, und die deutsche Handelsflotte, der englischen Handelswelt gegenüber der schwächeren Sorge und stärksten Haßes, wird auf lange Zeit zum großen Teil dreist oder indirekt in englische Dienste fahren müssen.

Territorial und wirtschaftlich wird Deutschland durch die Friedensbedingungen, die Lloyd George selbst in vielen Punkten „fürchtbar schwer“ nennt, so geschwächt, daß das englische Volk für absehbare Zeit keine Revanche zu befürchten braucht, das englische Volk, das heute seiner Vormachtstellung nach all den schweren Opfern sicher sei — dieser Gedanke ist der rote Faden, der sich durch die Siegesrede Lloyd Georges zieht.

Aber auch die alte jüde Puritanertradition, für die der englische Aufstieg und die englische Macht Wille und Instrument Gottes sind, Klingt in ihr mächtig an. Die Bedingungen seien hart, aber gerecht. Und im einzelnen spricht dabei der englische Minister wider Wahrheit und Tatsache, so besonders in dem, was er über die Behandlung der Eingeborenen in unseren Kolonien sagt. Unverführter und dabei feierlicher ist nie gelogen worden. Auch vermessen hat nie ein Staatsmann den glücklichen Ausgang seiner Politik zu Geschichtsfälschungen mißbraucht, wie er, wenn er festhält, der Friede diene dem Zweck, ein Exempel zu statuieren, um Deutschland von einer Wiederholung seines Verbrechens und seiner Politik in den letzten 150 Jahren abzurufen.

Die Weltgeschichte geht weiter. Auch nach dem jetzt erreichten Höhepunkt englischer Macht, die besonders wenn man die enge Freundschaft mit dem verwandten Amerika hinzunimmt, die erste Welt Herrschaft ist, die diesen Namen wirklich verdient.

Aber wird die im schnellen Tempo sich überall national und sozial umwälzende Welt die tatsächliche Herrschaft einer einzigen, durch politische Verabingung, aber auch durch unerhörte Gunst des Zufalls und Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel dazu gelangte Nation lange ertragen? Wird die Slawenwelt, die sich zum Teil heute von einem eingebildeten Deutschland befreit glaubt, nicht schon sehr bald das wahre Gesicht des englischen Imperialismus erkennen? Hat es nicht Italien heute schon erkannt? Und mit welchem Gefühl müssen die Franzosen den selbstbewußten Hinweis in der Rede des englischen Ministers hören, daß ohne die englische Hilfe der Krieg in 6 Monaten verloren gewesen wäre? Ist nicht Frankreich in seiner blinden Revanchekindheit gegen Deutschland zu einem englischen Protektorat geworden?

Deutschland kann die Tatsache des angelsächsischen Sieges heute nicht leugnen, am allerwenigsten können uns wilde Redereien helfen. Für uns gilt nur eines: Arbeiten und eine neue Politik machen, die Deutschland allmählich den Rückhalt in der Menschheit schafft, an dessen Mangel das auf allen Schlachtfeldern siegreiche Deutschland zugrunde gegangen ist. Zunächst müssen wir: in der Welt des englischen Friedens

leben, wir müssen! Die Führer der englischen und der Weltpresse lassen aber schon hier und da erkennen, daß neue Entwicklungsmöglichkeiten für uns bestehen. Verlassen wir sie!

## Der französisch-englisch-amerikanische Vertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 4. Juli. (Wolff.) In dem von der „Maence Sabas“ veröffentlichten Vertrag zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und England heißt es: In der Erwägung, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich in gleicher Weise von dem Wunsche befehle sind, den Weltfrieden zu sichern, beabsichtigen die Vereinigten Staaten und Frankreich, die Bestimmungen über das Rheingebiet nicht auszuüben, um Frankreich einerseits, den Staatenmächten des Vertrags andererseits Sicherheit und Schutz zu geben. In Anbetracht dessen sind die Vereinigten Staaten und Frankreich, die Bestimmungen über das Rheingebiet einzuhalten, dessen Bestimmungen zelllos erfüllt werden müssen. Sie haben beabsichtigt, folgendes Abkommen zu schließen:

1. Am Falle, daß die Bestimmungen für das linke Rheingebiet, die in dem Friedensvertrage enthalten sind, Frankreich Sicherheit und Schutz nicht gewährleisten würden, sind die Vereinigten Staaten von Amerika anzuregen, bei dem nicht protokollierten gegen Frankreich durch Deutschland gerichteten Angriff auf Hilfe zu kommen.

2. Der vorliegende Vertrag wird in analogischer Weise abgefaßt wie derjenige, der auf demselben Zeitpunkt und an demselben Ort zwischen der französischen Republik und Großbritannien abgeschlossen wurde. Der Vertrag, dessen Bestimmungen einseitig werden, wird erst in dem Augenblick der Ratifizierung in Kraft treten.

3. Der vorliegende Vertrag wird dem Rate des Völkerbundes vorzulegen werden und von ihm, der im Bedarfsfalle mit Mehrheit entschieden, als eine mit dem Völkerbundsabkommen übereinstimmende Verpflichtung anerkannt werden müssen. Der Vertrag wird in Kraft bleiben, bis der Rat auf Verlangen einer Partei mit Mehrheit beschließt, daß der Völkerbund selbst genügend Schutz gewährleisten kann.

Bern, 4. Juli. Bei dem Defensivabkommen zwischen Frankreich, England und Amerika ist der Casus Föderis nur bei einem Angriffe auf die Neutralität des linken Rheingebietes gegeben. Falls die militärische Neutralität des linken Rheingebietes und einer rechtsrheinischen Zone eines unmittelbaren Schutzes Frankreichs nicht gewährleistet, sollen Amerika und England Frankreich zu Hilfe kommen.

## Der Friedensvertrag mit Österreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 4. Juli. (Wolff.) Der Pariser Korrespondent des „Newport Herald“ erzählt, daß der letzte Entwurf des österreichischen Friedensvertrages wenigstens teilweise fallen gelassen werde. Die Verträge, Deutsch-Österreich unter die Kontrolle gewisser östlicher Nachbarstaaten zu stellen, werden aufgegeben, und das Stetler der alten österreichischen Monarchie wird zum Teil beibehalten werden, wobei ihm in gewissem Grade seine alte führende Stellung erhalten werden soll. Dies bedeutet nicht, daß die Souveränität der neuen Slawenstaaten beeinträchtigt werden soll, sondern nur, daß Deutsch-Österreich dazu ermuntert werden soll, seine früheren Handelsbeziehungen mit den anderen Fragmenten des zerstückelten Reiches wieder aufzunehmen. In dem deutschen Vertrage ist die vollständige Kostrennung Deutsch-Österreichs von Deutschland ausdrücklich vorgesehen. Es scheint, daß diese Absicht nicht anrecht erhalten werden soll.

Paris, 4. Juli. (Sabas.) Die österreichische Delegation ließ dem Sekretär der Friedenskonferenz eine Erklärung zukommen, in der gewisse Bedingungen als undurchführbar bezeichnet werden und darüber eine mündliche Verhandlung verlangt wird. Das Redaktionskomitee ist gegenwärtig im Besitz, die letzten Klauseln im Friedensvertrage mit Österreich anzubringen. Es ist jetzt zu gut wie sicher, daß der Friedensvertrag nächste Woche übergeben wird. In Konferenzkreisen rechnet man damit, daß der Vertrag von Deutschland vor dem 16. Juli ratifiziert wird.

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Nach einer Pariser Meldung stellen dortige italienische Kreise formell in Abrede, daß Italien geneigt sei, Südtirol an Deutsch-Österreich, auf dem Wege des Austausches gegen Neutralisierung des ganzen Landes Tirol abzutreten. Italien werde sich vielmehr genau an die Erklärungen halten, wonach die italienische Grenze an den Brenner verlegt wird.

der Nordsee-Presse als ihrem Organ, die russischen Bankmajoren, Polen und Tschechen, darauf bedacht gewesen, dem Völkerhaß den Garaus zu machen? mit uns Deutschen in Frieden und Freundschaft zu leben? Wenn Mr. Wilson von den Ränken und der Spionage fabuliert, die Deutschland bei seinen Nachbarn angezettelt hätte, so verrät er nur zu deutlich, daß er für seine Panee wetzert, die an die Deutsch-Amerikaner erinnert werden sollen, die — leider so lau und unwirksam — seine Kriegspolitik zu hintertreiben verübt haben. Deutschland und die Hegemonie über Europa! Warum es nicht gleich, wie dies doch Franzosen und Engländer fertig gebracht haben, auf die Welt Herrschaft zu setzen lassen? Wenn endlich Wilson weiß, daß die deutschen Regierungen ihren Untertanen den Verfall: eingepreßt hätten, daß in internationalen Angelegenheiten Macht Recht sei — so muß er selbst ihr gelehrigster Schüler gewesen sein, schlagener ist jedenfalls dieser „Verfall:“ nie demagogisiert worden als durch den Verfall: Frieden.

Nicht genug damit, den furchtbaren aller Kriege vom Baune gebrochen zu haben, hätten wir Deutschland, die wir uns für eine zivilisierte Nation ausgeben, auch durch die Art und Weise, wie wir den Krieg führten, die Menschheit in unerhörter Weise geschändet und dafür Rechenschaft abzugeben. Die Anwendung giftiger Gase, die Fliegerverbrechen und Verbrechen von Städten aus meiser Entfernung, der U-Bootkrieg — lauter Verbrechen, die nach Sühnung schreien!

Die Grenze zwischen erlaubter und unerlaubter Kriegsweise in Bezug auf Waffenart festzulegen, wird schwerlich zu gelingen. Gift es doch nicht nur durch Verhüllung der vorhandenen Waffen, sondern auch, und vor allem durch neue, dem Gegner unbekannt, diesen zu überlegen und zu übertrumpfen. Wenn wir Deutsche im jetzigen Kriege zuerst von offenen Giftigen Gebrauch gemacht haben, so waren die Engländer mit ihren Gift-Bomben längst vorangegangen, und sind wir durch die Entente-Brüder darin übertroffen worden. Was die Flieger-Bomben anbelangt auf offene Städte, so sind es die Franzosen gewesen, die in der Meinung, als Flieger den Vorprung zu haben, gleich Entgang mittels derselben die Bombardierung der deutschen Städte und Stuppenstrassen geplant haben; der Gedanke hieran hat sogar ihre Kriegsluft nicht wenig angepornt. Wenn unsere Rebelle sich nicht haben nehmen lassen, nach England hinüber zu fliegen, um die Rüstungsanlagen sowie die „Festung“ London und die Städte mit Kriegsfabriken zu treffen, was ist das gemein gegen die Art und Weise, wie der Engländer uns von seiner so unangenehmsten Mittel aus zugriffs hat, mittels seiner Schiffskanonen und Minenfelder, der Hunger-Blockade? Und wir hätten nur zu weittragenden Fernaktionen freventlich Gebrauch gemacht!

Am meisten liegt Wilson offenbar daran, uns wegen der U-Boote den Schädel einzuklagen. Sind es doch, die ihm zum Vorneindegend haben, uns den Krieg in aller Form zu erklären. Nun denn, U-Boote sind von jeder Seite erfunden und hergestellt worden, um feindliche Schiffe unversehens mittels Torpedos in den Grund zu bohren. Der erste Erfinder des U-Bootes ist ein Amerikaner gewesen, der seine Erfindung Napoleon I., dem Franzosenkaiser, angeboten hat. Auch der Erfindung und ersten Anwendung des Torpedos dürfen sich die Landseute des Herrn Wilson rühmen. Unsere deutsche Admiralität ist befähigt die letzte gewesen, die U-Boote zu bauen unternehmen hat. Das neue unzerstörbare U-Boote ist gewesen, daß sie die hohe See halten konnten, und einen so weiten Wirkungsradius hatten, daß sie als Kreuzer zu dienen und Handelschiffe auf offener See zu stellen und gegebenenfalls zu vernichten vermochten. Wir haben damit begonnen, wie dies sonstigen Kriegsschiffe aufsteht, Handelschiffe anzuhalten und zu unterdrücken. Wenn wir, falls die Beibehaltung sich rechtfertigen, sie vernichten, anstatt sie in einen unzerstörbaren Hafen zu bringen, so nur, weil uns der Weg durch feindliche Kriegsschiffe und Minen verlegt war. Wir hätten, weiß Gott, lieber Ladung und Schiffe an uns gebracht, als dies unsere Gegner so unbestimmt vermochten. Auf das Unhaltbare, haben wir die Sicherung der an Bord befindlichen, haben wir, auf unserem eigenen Leidens, die Handelschiffe bewaffnet und so an Stellen für unsere U-Boote gemacht worden waren. Im Herrn Wilson Gelegenheit zu geben, die Entente-Mächte von der völkerrechtswidrigen Hunger-Blockade und der Bewaffnung der Handelschiffe abzuhalten zu machen, wozu er zweifellos in der Lage war, haben wir den unbeschränkten U-Bootkrieg ein volles Jahr lang eingestellt gehabt. Er aber hat statt dessen — mit den Entente-Mächten mitgemacht! Erst als uns keine andere Waffe übrig blieb, uns der so vernichtenden Hebermacht zu erwehren, haben wir den unbeschränkten U-Bootkrieg wieder aufgenommen.

Wo ist übrigens der grundsätzliche Unterschied zwischen der Torpedierung durch ein U-Boot und einer unfeindbaren Mine, wie solche zu tauchen und abertausenden von den Entente-Mächten selber ausgelegt worden sind? Auch diese Unterschiede nicht zwischen einem Kriege oder Handelschiff. Unsere U-Boote sind offenbar nur deswegen Wilson u. Co. ein Frevler, der nicht hart genug bestraft werden kann, weil sie ihnen solches Schanden gebracht haben. Das dem Hungerbrot ausgeleitete, von den vereinten Weltmächten überfallene Deutschland, das noch nicht so groß war, wie ein einziger der 48 Staaten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, hat sich des U-Bootes bedient, wie die Vize ihres Schachels, heißt das Naturrecht, wie es auch der Menschheit innewohnt und in der Notwehr keinem verübt werden kann.

Zur Rechtfertigung seines Senespruches zieht Wilson seine und seiner Mit-Verschworenen Reden an. Wenn wir geltend zu machen wüßten, daß wir nur im Hinblick auf die von ihm in Aussicht genommene Friedensbedingungen die Waffen gelassen haben und daher auf die Ungehörlichkeit des Verfall: Rückfalls unmöglich abzuweichen konnten, so bringt er in Erinnerung, wie er selbst gerufen hat: „Die Gewalt, die Gewalt bis ans Ende, schranken- und ungeloffene Gewalt, die rechtliche und triumphierende Gewalt, die aus dem Recht das Gesetz der Welt machen, und jede Gerichtlichkeit, deren Ziele egoistische sind, in den Staub heiken machen

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.



„Unberühmter, brutaler, eindeutiger hat er in der Tat den Grundbegriff „Macht geht vor Recht“ nicht hinausbrüllen können.

Er läßt sich dabei von Lloyd George sekundieren mit seiner nicht weniger denkwürdigen Rede vom 14. Dezember 1917. Der Verbrecher dürfe nicht stärker sein als das Recht. Nicht genug bestraft werden könne eine Nation, in der die Professoren nicht aufgeführt haben beizubringen, daß kein Verbrechen verwerflich sei, solange es die Vergrößerung und Bereicherung des Landes zum Gegenstande habe, dem die Professoren ihre Gehälter verdanken!

Lloyd George schlug damals mit dieser seiner Redemondade zwei Fiegen mit einer Klappe, indem ihm zur Zeit nicht nur unsere Feldgrauen und Blaujungen zu schaffen machten, sondern ihm auch, ähnlich wie Mr. Wilson seine Deutsch-Amerikaner, die auffassenden Kräfte schwer im Magen lagen; auf dies zielt er, da er von dem Verbrecher sprach, der stärker sei als das Recht. Natürlich genau, daß wir Deutsche „Hunnen“ zu unieren nicht genug zu fühlenden Verbrechern anleitet worden sind durch die dazu befohlenen Professoren! Und diese Parole steht der Ex-Professor Wilson in der Friedensvertrags-Unterschrift an, um die Verfallener Genferzeit zu rechtfertigen! Indem sie der wackere Weiskopf an der Spitze vom Stapel ließ, vergaß er nichts Geringeres, als den Selbstspruch John Bulls: „Right or wrong, my country!“

Auch den Italiener Orlando, um das Genfer-Quartett vollständig zu machen, zieht Wilson an, nicht ohne ihm durch seine eigene angesagene Rede, worin er jede Herrschucht, deren Ziele egoistische seien, in den Staub beißen machen will, eine dicke Ohrfeige zu versetzen. Mit doch Italien in den Krieg eingetreten, um, wie die Staatskenter am Tiber ungeniert verführdeten, seinem „sacro egoismo“ genug zu tun!

Wenn wir dieses Wilsonsche Machwerk, als einen integrierenden Bestandteil des „Friedens-Vertrages“, mit dem Messer an der Kehle mit haben unterzeichnen müssen, so gereicht das wahrlich nicht uns zur Unrecht! Ist erst einmal die Kriegs-Phobie überwunden, wird der Ratz der Wahrheit anbrechen. Die auf uns Deutsche gemünzte, aus der Feder Wilsons kommende Urkunde wird ihm selber das Todesurteil werden. Es muß ein Friede ohne Sieg geschlossen werden, verhandelt er am 21. Januar 1917. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der dem Besiegten aufzuzwingen ist, ihm die Bedingungen des Siegers auferlegt. Er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen werden, unter Härten, mit untraglichen Opfern, und er würde einen Stachel zurücklassen, ein Kadavergefühl, eine bittere Erinnerung, auf denen der geschlossene Friede nicht dauernd, sondern nur auf Kriegsbahnen ruhen würde. Nur ein Friede zwischen gleichen Mächten kann dauern, nur einer, dessen inneres Wesen Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamem Vorteil verbürgt.

Nach einmal am 27. August 1917: „Die verantwortlichen Staatsmänner müssen jetzt überall erkennen, wenn sie es nicht schon früher erkannt haben, daß kein Friede sicher auf politischen oder wirtschaftlichen Beschränkungen ruhen kann, die auf Begünstigung der einen und Lähmung oder Vernachlässigung der anderen Nationen abzielen, auf Verengungssätzen irgend einer Art, auf Rache oder mütterlichem Unrecht.“

Dieser Wilson hat nicht nur das Versailler Bündnis mit ausgearbeitet und unterzeichnet, sondern auch noch den „Mantelbrief“ verfaßt. Wie hat sich Einer selber so glänzend ins Gesicht geschlagen, Bügen gekrafft!

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 4. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger, Dawid. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Kurze Anfrage.

Hg. Beumermann (D. Vp.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Löhne der Arbeiter in der Holz- und Eisenindustrie erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgehoben sind. Der Antiquar fragt die Regierung nach ihrer Stellungnahme zu der Umkehrung dieser Verhältnisse, die die Unzufriedenheit der Beamten erzeuge.

Hg. Regierungsrat Sämisch gibt den in der Anfrage gestellten Hinweis als richtig zu. Er findet die Erklärung darin, daß die Arbeiterlöhne und die Beamtengehälter auf ganz verschiedener Grundlage erstellt werden. Die gegenwärtigen Verhältnisse müssen als vorübergehend angesehen werden, denn der Abbau der Arbeiterlöhne stehe bei Einlen der Wirtschaft außer Frage.

Darauf wird die Beratung des Verfassungsentwurfes fortgesetzt.

Zu Artikel 25, Neuwahl eines außerordentlichen Reichstages spätestens am 30. Tage, bestimmt.

Hg. Gause (L.S.) einen Antrag seiner Partei, die Neuwahlen spätestens am 30. Tage anzusetzen.

Nach kurzer Erörterung wird der Art. 25 unter Ablehnung des Antrages der Unabhängigen angenommen.

Nach Artikel 26 wählt der Reichstag seinen Obmann.

Hg. Gausemann (Dem.) beantragt statt Obmann wieder einzusetzen.

Hg. Behrle (Zr.): Wir haben uns bemüht, überall gutes volkswirtschaftliches und gemeinverständliches Deutsch anzutreiben.

Hg. Gausemann (Dem.): Das Wort Obmann ersetzt durchaus nicht vollständig das, was man bis jetzt unter einem Präsidenten verstanden hat. Aus dem Grunde erachtet es mir erwünscht, den Ausdruck Präsident beizubehalten.

Hg. Wlaff (Dem.) setzt sich für das Wort Obmann ein.

Der Antrag Gausemann wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach Artikel 21 soll die Wahlprüfung durch ein Wahlprüfungsgericht vorgenommen werden.

Ein unabhängiger Antrag will die Wahlprüfung wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen lassen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Die Entscheidung eines Gerichtes wird allgemeinen Vertrauen begegnen. Außerdem wird die das Verfahren beschleunigen.

Nach weiteren Bemerkungen der Hg. Dr. Delebrück (D.M.), Schiffer (Verl. Soz.), Romanoff (Soz.) und Dr. Spahn (Zr.) wird der Antrag in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Hiernach werden die gestern ausgelegten Bestimmungen über Artikel 21 und 22 vorgenommen.

Bei Artikel 21 werden die Anträge der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und der Artikel in der Ausschussfassung angenommen.

Der Antrag Auer (Soz.), der Wahltag muß ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein, wird gegen die Stimmen der beiden rechten Parteien, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten angenommen.

Am Artikel 22 wird die dreijährige Wahlperiode mit 159 gegen 149 Stimmen abgelehnt und in einfacher Abstimmung die fünfjährige Periode gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und eines Teiles der Demokraten angenommen.

Reaktionäre Quertreibereien.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 4. Juli. (Wolff.) Unter Hinweis auf die in den Leberaansbestimmungen des Verfassungsentwurfes enthaltene Bestimmung des Artikels 172, daß die Nationalversammlung bis zum Zusammenritt des ersten Reichstages als Reichstag aelten soll, spricht der Vorsitzende des Landesverbandes Mitteldeutsch der Deutschen Nationalen Volkspartei in einer Entschließung von einem Rechtsbruch und von einer Wässung des Volkswillens. Die „Kreuzzeitung“ macht sich diese Veräußerung zu eigen. Es wird behauptet, daß die Nationalversammlung ausschließlich zur Vertretung der Verfassung erwählt sei und nach Erfüllung dieses Auftrages auseinanderzugehen müsse.

Diese Behauptungen sind leidenschaftlich auszuprocen und völlig unannehmbar. § 1 des Gesetzes über die vorläufige Reichsamt (vom 10. Februar 1919) lautet ausdrücklich: „Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die fünftägige Reichsversammlung sowie auch sonstige dringende Reichsangelegenheiten zu beschließen.“ Zu diesen dringenden Reichsangelegenheiten gehört in Leberaansbestimmungen aller ausländischen Verfassungen u. a. der Friedensvertrag und die Steuerbestimmungen. Artikel 172 ist als Leberaansbestimmung vom Verfassungsausschuß auf Anregung der Majorität und ohne jeden Widerspruch eingebracht worden, weil es unbedingt notwendig ist, daß bis zur Wahl des neuen Reichstages ein Organ vorhanden ist. Dieses Organ kann in Ermangelung einer anderen Instanz nur die verfassunggebende Nationalversammlung sein. Mit dem Artikel 172 wird ein für die Leberaanszeit geltendes Recht geschaffen.

Hindenburgs Heimkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Hannover, 4. Juli. (Wolff.) Um 11 Uhr traf Generalmarschall v. Hindenburg auf dem hiesigen Bahnhof ein. Zu seinem Empfang waren Vertreter des Magistrats und die Behörden anwesend. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, auf die Hindenburg antwortete:

„Mein herzlichster Dank für den freundlichen Willkommenwunsch. Die Zeiten sind schwer, aber sie müssen durchgehalten werden. Es ist eine schwere Zukunft vor uns. Auch ich hoffe auf eine bessere Zukunft. Jeder einzelne Deutsche muß dazu helfen. Ich werde in die Heimat zurück, und es ist mir ein Bedürfnis, in die Heimat zurück zu gehen, die Heimat zu sehen, die Heimat zu lieben und die Heimat zu verteidigen.“

Der Generalmarschall begrüßte darauf die Herren der verschiedenen Abteilungen mit Gedächtnis. Unter den Anwesenenden befanden sich Reichsminister, die ihm immer und immer wieder lebhaftste Gratulationen darbrachten, setzte er die Fahrt nach seinem neuen Heim fort.

Anlässlich der Kundgebung der hiesigen Studentenenschaft vor der Wohnung Hindenburgs hielt dieser eine Ansprache an die Studenten, in der er sagte: „Ich danke der Studentenenschaft für den herzlichen Willkommenwunsch in meinem neuen Heim. Der Geist der deutschen Jugend zeigt mir, daß Deutschland wieder aufstehen wird mit aller Größe. Vergessen Sie nicht und helfen Sie mit, daß unsere Feinde uns nicht bezwängen, sondern achten werden. Dann wird Deutschland wieder erblühen in aller Mächtigkeit, so wahr ein Gott lebt. Nachmals meinen herzlichsten Dank, vor allem auch den Kommilitonen, die ich hiermit persönlich begrüßen kann.“

Aussichten auf baldige Beendigung des Verkehrsstreiks.

(Eigener Drahtbericht.)

B. Berlin, 4. Juli. Die man hört, stehen die Aussichten für eine baldige Beendigung des Streiks nicht unanständig. Die Streiksituation hat mit einer starken Opposition in den Reihen der Ausständigen selbst zu rechnen. Nachdem die Büroangestellten heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat sich die Unruhe an dem Streik noch vergrößert. Die Gewerkschaften haben Kontraktbrüche beantragen zu haben. Ein Kontraktbruch bedeutet, daß die Gewerkschaften eine Aneinanderreihung von Streiks unternehmen werden, welche schon morgen oder am Montag zu einem Erfolge führen werden. Leider ist durch den Maschinenmann der Vorort- und Stadtbahnverkehr noch immer so auf wie auch unterbrochen, so daß die Verkehrsnot in Berlin noch immer sehr groß ist.

Sachen gegen die Lebensmittelerhöhung.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 4. Juli. Sachen protestierte beim Reich, daß einhaushalt Milliarden Mark zur Lebensmittelerhöhung als Mittelteil auf Reich, Bundesstaaten und Kommunalverbände absetzt werden.

Betriebsneufstellung im Kalibergbau.

(Eigener Drahtbericht.)

B. Berlin, 4. Juli. Außer den Gewerkschaften Thüringen und Sachsen haben die vier Kalibergbau-Unternehmen, Kaliberg, Geora und Ulfersdorf den Betrieb nach ordnungsmäßiger Entlohnung der Beschäftigten eingestellt. Die Gewerkschaften hatten sich geweigert, die arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen vereinbarte Arbeitszeit inne zu halten und durch Verhandlungen mit den Direktoren die Nachzahlung der wachen arbeitslosen Arbeiterzeit verminderten Lohnsumme erreicht. Die Direktion wurde nach Nürnberg verlegt.

Verföhlung des demokratischen Parteitag?

In den Kreisen der demokratischen Fraktion der deutschen Nationalversammlung hält man die Abhaltung des demokratischen Parteitages am 19. Juli für unmöglich, da um diese Zeit wichtige Verhandlungen in der Nationalversammlung stattfinden. Man wünscht eine Verschiebung bis zum September. Am Mittwoch hat die demokratische Fraktion eine Sitzung abgehalten. Die Vorstandswahl, die infolge des Rücktritts des Herrn v. Koser vom Fraktionsvorsitz notwendig geworden ist, wurde vertagt, da nach einer Anzahl Fraktionsmitglieder nicht einetroffen sind. Ueber die Welsung des Reichstages in Wien ist im Kabinett noch nicht verhandelt, achsweise denn ein Bescheid absetzt worden.

10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Drahtmeldung unseres Nürnberger Korrespondenten.)

Nürnberg, 4. Juli. Der Kongreß hat heute die von der Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände aufgestellten Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften mit übernehmender Mehrheit angenommen. Nach diesen Richtlinien muß das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter bei der gesamten Produktion, von den Einzelbetrieben beginnend bis in die höchsten Stufen der gesamten Wirtschaftorganisation, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeiterbetriebsräte (Betriebsräte) zu schaffen, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in gemeinsamer Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist vor allem der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtskraft. In gemeindlichen Bezirken oder großen wirtschaftlichen Betrieben übernehmen die Arbeiterbetriebsräte neben den ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der leitenden Gewerkschaftsvertreter. Außer diesen örtlichen Arbeiterbetriebsräten sind Arbeiterbetriebsräte für große Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht zu berufen. Diese können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als selbständige Verwaltungsglieder der Volkswirtschaft behandeln, Gebetsentwürfe ausarbeiten und begutachten, sowie Vorschläge für Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken.

Die von der Vorstandskonferenz ausgearbeiteten Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte wurden in namentlicher Abstimmung mit 407 gegen 192 Stimmen angenommen. Dieser Entwurf deckt sich im wesentlichen mit dem Entwurf des Gesetzes über die Betriebsräte und verlangt die Wahl von Arbeitern an. Den Betriebsräten wird das Recht eingeräumt, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiterbetriebsräte beteiligt sind oder ein berechtigtes Interesse haben. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die notwendigen Beratungen des Betriebsrats im Betrieb zuzulassen und auf Verlangen daran mit seinem Rat und den notwendigen Ausführenden teilzunehmen. Der Betriebsrat hat die Pflicht, alle den Arbeitern vom Gesetz und auf Grund eines Kollektivvertrages zustehenden Rechte für diese wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten.

Außerdem fand noch eine Erklärungsannahme, in der es heißt: Der 10. Kongreß der freien Gewerkschaften erblickt in der Betriebsdemokratie die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zu verwirklichen. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zwecke überall dort, wo die private Wirtschaft nicht durch eine soziale Wirtschaftsweise ersetzt wird. Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaft, sowie bei allen Verhandlungen und in allen Angelegenheiten, die den Ausbilden und den Forderungen unserer Wirtschaftslieben dienen, volle Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongreß allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft.

Die beginnenden Wirkungen des Friedensvertrags.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 4. Juli. Die Börse steht unter dem Eindruck von Gerüchten über den bevorstehenden Abschluß einer amerikanischen Milliardenanleihe für Deutschland. (Eigener Drahtbericht.)

Die Liste der Auszuliefernden.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Genf, 4. Juli. Auf der Liste der von Deutschland auszuliefernden Personen standen bis 1. Juli 1917 Namen, unter den Auszuliefernden befindet sich der frühere Staatssekretär Helfferich.

150 Millionen für die Kriegsgefangenen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Juli. (Wolff.) Um den Kriegsgefangenen, die so schweres Erbuddel haben, daß ihrem Lebensritzt ins bürgerliche Leben eine Stille zu leisten, hat sich die Reichsregierung aus eigener Entschließung bereit gefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag erhält die Kriegsgefangenenheimkehr, eine sich über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckende Organisation, als Reichszuschuß zu ihren eigenen durch Sammelstätigkeit aufzubringenden Mitteln, um sie in zweckmäßiger Weise für hilfsbedürftige heimkehrende Kriegsgefangene nutzbar zu machen, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitsleitung und Arbeitsgerät.

Das Schicksal Rigas.

(Eigener Drahtbericht.)

Königsberg i. Pr., 4. Juli. (Wolff.) Der Oberste Rat der baltischen Landeswehr Rigas teilte mit: Die Verhandlungen zwischen den lettischen und estnischen Truppen haben am 2. Juli ihren Abschluß gefunden. Es ist ein Waffenstillstand zu folgenden Bedingungen geschlossen worden: Die reichsdeutschen Truppen und die Landeswehr verlassen am 5. Juli Rigas. Die estnischen Truppen bleiben in ihrer jetzigen Stellung. Die Stadt wird von baltischen Truppen besetzt. Ueber die Ausführung wird weiter verhandelt.

Englands Herrschaft über Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Interessant für die zunehmende Erkenntnis der politischen Weltlage in Frankreich sind die Aeußerungen Marcel Gaxins in der „Humanité“, worin er ausführlich, der gegenwärtige Friedensvertrag sichere durch seine hauptsächlichsten Bestimmungen die vollständige Herrschaft des angloamerikanischen Kapitalismus. Er schaltet die gefährlichste Konkurrenz, die der englische und amerikanische Handel darstellt, vollkommen aus. Anfolgend der unerschütterlichen Macht ihrer Finanzen und ihrer Flotte, des Weites aller Kolonien, des unachener anwachsenden Kolonialreiches beherrschten die Bürger englischer Rasse im Ausmaß die ganze Welt. So erfüllt sich die traditionelle Politik der „Korridor Office“, die seit Jahrhunderten einer vornehmlichen Linie folgt. Die Selbstherrlichkeit ist erreicht und der deutsche Militarismus ist zu Boden geschlagen.

Das amerikanische Geschäft.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 4. Juli. Dem Pressebureau „Radio“ zufolge melden die „New York Times“, daß die New Yorker Stahlfabrik Nulken sich vertraulich verpflichtet habe, das amerikanische Gebiet in der Gegend von Ranch wieder aufzubauen.

Die Stellung der englischen Arbeiterpartei zum Friedensvertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Juli. (Wolff.) „Daily Herald“ schreibt zu der Frage, wie die Arbeiterpartei des englischen Unterhauses sich gegenüber der Ratifikation des Friedensvertrages verhalten solle. Es wird dringend geraten, daß der Leiter der Partei den Vertrag ablehnt, und daß die Abgeordneten der Arbeiterpartei den Saal verlassen. Das wird ein wirksamer, würdiger und demokratischer Protest sein. Er wird ein deutlicher Beweis sein, daß sich die Arbeiter von diesem Frieden abwenden. Wenn der Hof bleibt, so bedeutet er in Zukunft für die Arbeiter Sorgen und Leiden und keiner der jetzt

noch nicht Geborenen wird es jemals den Arbeitern dieser Generation vergeben, daß sie einen Vertrag unterzeichneten, der neue Kriege heraufschwelen. Das unheimliche Szenen- und Vertrag-Stimmen bedeutet natürlich an sich nichts. Der Vertrag ist über unsere Köpfe und über die Köpfe des Parlaments hinweg unterzeichnet worden.

London, 3. Juli. (Wolff.) Unterhaus. Adamson bezieht sich im Namen der Arbeiterpartei eine eingehende Kritik bis zur zweiten Lesung vor. Er sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk jetzt, wo der Friede unterzeichnet sei, einsehen werde, daß die einzige Ausfahrt für eine friedliche und geordnete weitere Entwicklung darin bestehe, daß die Friedensbedingungen auszuführen. Er hofft, daß Deutschland, wenn es so handle, seine Aufgabe leicht gemacht werden würde, und daß man es mit großzügiger Verhältnlichkeit behandeln werde.

Frankreich und der Vatikan.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Juli. (Davas.) In der gestrigen Kammer erklärte der Deputierte der Rechte im Laufe der Aussprache über den Haushalt für auswärtige Angelegenheiten, daß die Regierung seit 5 Jahren beim Vatikan einen offiziellen diplomatischen Vertreter habe und betonte die Wichtigkeit dieser offiziellen Befandtheit. Er warf Bichon vor, die Beziehungen mit Rom nicht offen wieder aufgenommen zu haben. Bichon teilte mit, daß er im August 1914 Charles Bonin in gleicher Mission nach Rom geschickt habe. Dieser habe gute Dienste geleistet. Er erklärte, daß er als Laie und Republikaner nicht von dem Gebahren zurückschreie, die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan wieder aufzunehmen. Bichon antwortete u. a.: Es gab kein Wortchen bei der Ernennung der beiden französischen Botschafter für Straßburg und Metz. In Straßburg befindet sich das Konföderat-Rom in Frankreich werden wir die Trennungspolitik im Geiste der Gerechtigkeit fortsetzen. Die Mission, welche dieses Gesetz nicht ändern will, demt fernweges an eine Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. Bichon schloß mit der wiederholten Betonung, daß die Regierung seine erfüllte offizielle Politik treibe.

Bern, 4. Juli. (Wolff.) In der Sitzung der französischen Kammer erklärte bei der Besprechung der Interpellation über die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan der sozialistische Deputierte Jean Bon, das Verhalten der Regierung, die durch Dekret die Botschafter von Metz und Straßburg anerkannt habe, sei rechtswidrig, weil Straßburg nicht nur unter der Trennung von Kirche und Staat, sondern unter dem Konföderat stehe. Die Kurie habe bisher auch nicht auf die Aulabotschafter für Straßburg und Metz verzichtet. Diese seien vielmehr noch im Amte. Der Vatikan werde versuchen, Frankreich ein zweites Konföderat unterzeichnen zu lassen. Unter diesem Vorwand werde die Botschafter der Rechte im rief Jean Bon aus, das würde den Bürgerkrieg im Saube bedeuten. Der Ausbruch dieses Krieges sei nicht nur dem baltischen Krieg, sondern in Genf, dem Konflikt in Konstantinopel. Wir haben gehört, sagte der Redner, Rom würde seine Stimme gegen den Krieg erheben, aber es haben wir verheißt, daß der Krieg nicht ausbrechen werde. (Sehr viel auf allen Seiten mit Ausnahme der äußersten Linken.) Am 30. Juli 1914, wenige Stunden vor seinem Tode, habe Jaurès gesagt, es werde ein Krieg der Religion sein. (Diese Worte werden einen großen Tumult hervorgerufen, die Abgeordneten des Zentrums und der äußersten Rechten protestieren förmlich.) Jean Bon erklärte weiter, der Krieg sei durch die Jesuitenpartei oder Wiener Hofe befohlen worden.

Belgische Entschuldigungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 3. Juli. Im „Matin“ beannt Stephaan Lauzanne von Brüssel aus eine Kampagne gegen den Versailler Friedensvertrag, dem er vorwirft, daß er vor allem den großen Feind habe. Belaien schmer zu schädigen und zu enttäuschen. Man solle sich nicht durch das freundliche Lächeln, mit dem die Belaien Wilson empfangen, darüber täuschen lassen, daß Belaien sich verlost fühle und nicht nur in seinem Stolz und in seinen Hoffnungen, sondern in seinen berechtigten Interessen. Der Verkehrsminister Renfin, der in Luzanne einläuft, Ministerpräsident wird, habe ihm erklärt, daß keine der Verbredungen, die man geltend gemacht habe, abgelehnt worden seien. Nicht in einer einzelnen der internationalen Kräfte, die Belaien besonders am Herzen liegen, sei es mit seinen Forderungen durchgedrungen. Als diese Kräfte bezeichnet er im einzelnen besonders die luxemburgische Frage, die Frage Limburgs und besonders die Frage des linken Scheideweges. Der belgische Verkehrsminister Haad dann durch die Reder Lauzanne bitter über die noch immer andauernde Verorauung Rotterdam gegenüber Antwerpen, und das alles, weil die Landesfahrt nach Rotterdam um vier Stunden länger sei. Dann jammert Lauzanne am Ende: „Was hat man denn anders damit erreicht, als daß die Deutschen, die man hier Aktivisten nennt, sich weiter rühnen. Die Italiener hat man freilich wegen ihrer Arbeit während des Krieges einsehert, und in den nächsten Tagen sollen die Brösche beinahe. Aber Herr Lauzanne hat mit einem der Annahm dieser Anakkanten abgelehnt. Und was hat der ihm abget: Ich habe keine Sorge um das Rotdoher. Ich werde einfach den Friedensvertrag vorlesen. Das wird die beste Entschuldigungen für meinen Klienten sein.“

Die Folgen des Krieges für Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung in Italien greift immer weiter um sich. Am 3. Juli wurde der Generalkongreß erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgesetzt. Die Kundgebungen in Florenz gehen weiter. In Anagni kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia sowie die Marken sind von der Bewegung, die den politischen Charakter zeigt, ergriffen. In den Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalkongreß erklärt unter der Drohung, sofort an gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt werden.

Die Bildung von Solwitsch bei den italienischen Orten.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung in Italien greift immer weiter um sich. Am 3. Juli wurde der Generalkongreß erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgesetzt. Die Kundgebungen in Florenz gehen weiter. In Anagni kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia sowie die Marken sind von der Bewegung, die den politischen Charakter zeigt, ergriffen. In den Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalkongreß erklärt unter der Drohung, sofort an gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt werden.

Die Folgen des Krieges für Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung in Italien greift immer weiter um sich. Am 3. Juli wurde der Generalkongreß erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgesetzt. Die Kundgebungen in Florenz gehen weiter. In Anagni kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia sowie die Marken sind von der Bewegung, die den politischen Charakter zeigt, ergriffen. In den Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalkongreß erklärt unter der Drohung, sofort an gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt werden.

Die Folgen des Krieges für Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung in Italien greift immer weiter um sich. Am 3. Juli wurde der Generalkongreß erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgesetzt. Die Kundgebungen in Florenz gehen weiter. In Anagni kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia sowie die Marken sind von der Bewegung, die den politischen Charakter zeigt, ergriffen. In den Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalkongreß erklärt unter der Drohung, sofort an gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt werden.

Die Folgen des Krieges für Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 4. Juli. (Wolff.) Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung in Italien greift immer weiter um sich. Am 3. Juli wurde der Generalkongreß erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgesetzt. Die Kundgebungen in Florenz gehen weiter. In Anagni kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia sowie die Marken sind von der Bewegung, die den politischen Charakter zeigt, ergriffen. In den Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalkongreß erklärt unter der Drohung, sofort an gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt werden.







Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 3. Juli.

Zur Fleischversorgung. In einer Zeitungsnotiz war behauptet worden, die Metzgermeister, die im Schlachthofe Vieh schlachten, würden sich zum Nachteil der Stadtgemeinde dadurch rechtswidrig bereichern, daß sie beim Durchhalten des Fleisches vom Schwanz bis zum Hüftknochen die Wirbelsäule samt Fett und Fleisch entfernen, außerdem der Wirbelsäule entlang die Wirbelverlängerungen abhauen und die Halsknochen größtenteils entfernen, ferner von der Bauchwand bis zur Brust (vom Gelenk bis zum Bug) die schönsten Kunststücke ausführen und die so abgemahlten Teile (ungefähr 15 bis 20 Pfund) für sich verwenden. Die städtischen Beamten, die mit der Aufsicht bei den Schlachtungen betraut sind, würden diese Unregelmäßigkeiten übersehen. In einem Schreiben an das Bürgermeisteramt hat die Ortsgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der Metzger Deutschlands und verwandter Berufsgruppen ähnliche Beschuldigungen gegen die Metzger und das Aufsichtspersonal des Schlachthofes erhoben. Untersuchungen und Verhandlungen, die hierauf angesetzt und zu denen auch der Geschäftsführer der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Metzgerverbandes zugezogen wurde, haben ergeben, daß die behaupteten Mißstände nicht bestehen, daß von einer Schädigung der Stadtgemeinde oder der Verbraucher nicht die Rede sein kann.

Mit Erlaß des Ministeriums des Innern vom 25. v. M. sind neue Höchstpreise für Schlachtvieh festgesetzt worden. Die Preiserhöhung betragt durchschnittlich 28 vom Hundert. Dementsprechend sind auch die Preise für Rindfleisch, Fleisch und Würstchen entsprechend für das Land hinaufgesetzt worden. In dieser Landesbesprechung treten noch die vom Ministerium des Innern zugelassenen Zuschläge der Kommunalverbände, die für Städte mit 50000 und mehr Einwohnern 20 vom Hundert nicht überschreiten dürfen. Um die Fleischpreise möglichst niedrig zu halten, wird in Uebereinstimmung mit der Metzger-Zinnung beschlossen, auf die neuen Preise vorerst verzichtswise nur einen Zuschlag von 15 vom Hundert zu erheben. Die hiernach für die Stadt Karlsruhe geltenden neuen Fleischpreise werden besonders bekannt gemacht. — Nach den vom städtischen Schlacht- und Viehhofamt vorgelegten Berechnungen über die Veredelungswirtschaft (Einkauf und Schlachtung von Viehen, Verkauf des Veredelungsfleisches) stellt der Stadtrat fest, daß zum 31. Mai d. J. aus der Veredelung der Bevölkerung mit Veredelung ein ungeachtet Aufwand von insgesamt 209 025 M. zur Last.

Nach Mitteilung des Ministeriums des Innern hat die Reichsfinanzstelle, dem Antrag des Stadtrats entsprechend, angeordnet, daß der für die Stadt Karlsruhe bestimmte amerikanische Speck statt nach Mannheim mit Schiff unmittelbar nach Karlsruhe verschifft werden soll und hier der Untersuchung unterworfen wird.

Milchpreis. In der Frage des Milchpreises wird festgestellt, daß die praktische Behandlung der Frage durch den Stadtrat dem Ergebnis der Aussprache des Nahrungsmittelausschusses mit dem Herrn Minister des Innern durchaus entsprach und daher von einer weiteren Erörterung der Rechtsfrage vorerst abgesehen werden kann. Der Stadtrat verzichtet aus dem gleichen Grunde vorläufig auch auf die Fortführung der Polemik, wendet vielmehr die Entscheidung des Ministeriums in der Sache ab.

Wochenmarkt. Die durch das Eingreifen der Volkswehr in die Wochenmarktpolitik verursachte Spannung ist durch gegenseitige Verständigung beseitigt worden. Die Volkswehr hat sich verpflichtet, die staatlichen und städtischen Stellen in der Aufsichtsführung des Wochenmarktes zu unterstützen, sich aber jeglichen eigenmächtigen Eingreifens zu enthalten. In gleicher Weise ist eine Verständigung des Nahrungsmittelausschusses mit dem Händlerorganisationen wegen der ausreichenden Versorgung des Wochenmarktes zustande gekommen. Da hinsichtlich unter Mitwirkung der badiischen Landesstelle auch regelmäßige Besprechungen unter den benachbarten Städten wegen gemeinsamer Ausgleichung der Preise stattfinden sollen, darf erhofft werden, daß die zeitweise unterbrochene ungesammelte Verbindung des Karlsruher Wochenmarktes baldigt wieder eine günstige Entwicklung nimmt.

Senkung der Preise für Auslandslebensmittel. Nach den von der Reichsregierung aufgestellten Grundrissen für die Verbilligung der Auslandslebensmittel sollen die durch die Verbilligung entstehenden Umsätze zu je einem Drittel vom Reich, von den Freistaaten und den Kommunalverbänden getragen werden. Der Deutsche Städtebund hat gegen das von der Reichsregierung eingeschlagene Verfahren, die Gemeinden dazu zu verpflichten, ohne sie vorher nur zu hören, Einspruch erhoben unter Hinweis auf die finanzielle Lage der Städte. Er wird insbesondere bemängelt sein, zu erreichen, daß der Verlustanteil der Kommunalverbände, wenn er nicht überhaupt in Bezug kommen kann, wenigstens erheblich herabgesetzt wird.

Beschaffung von Wohnungen. Der Stadtrat beschließt, zur Beschaffung weiterer Wohnungen das „Gasthaus vom Geist“, Marktplatz 24 und Kronenstraße 40, zu mieten. Das Nebenhaus soll alsbald zu Mietwohnungen vermandt und dem Stadt-Bauamt zur Verfügung gestellt werden. Das Hauptgebäude soll, soweit es nicht unbedingt zur Unterbringung städtischer Geschäftsräume daselbst nötig ist, zu Unterkunftsräumen für alleinstehende Männer (Ledigenheim) herbenutzt werden. (Schluß folgt.)

Die Obst- und Gemüseversorgung.

Wir erheben folgende Aufschrift: Anlässlich der Zurückhaltung von Obst und Gemüse auf dem Karlsruher Markt infolge Einleitens der Volkswehr und anlässlich der Verarmung der Karlsruher Obst- und Gemüsehändler vom 28. Juni sind auch an die Geschäftsstelle der Badischen Obstverforgung eine große Vorwürfe erhoben worden. Die Vorwürfe, die Landwirtschaftskammer sei an der Zurückhaltung von Gemüse schuld, sind nämlich unbeanstandet. Die Landwirtschaftskammer fördert nur den Anbau von Gemüse, mit An- und Verkauf beschaffen und mit der Gemüseherkunft des Marktes hat sie nicht das geringste zu tun. Aus diesem Grunde müssen auch die Vorwürfe, die Landwirtschaftskammer sei an den hohen Gemüsepreisen schuld, zurückgewiesen werden. Ueberhaupt ist es eine falsche Auffassung des Publikums, daß die Landwirtschaftskammer die Preise für landwirtschaftliche Markterzeugnisse festsetze und daß sie demnach dafür verantwortlich gemacht werden müsse. Soweit Preise festgesetzt werden, geschieht dies durch die Regierung. Und diese wieder bestimmt Höchstpreise, um eine unnötige Verteuerung auszuweichen. Die Behauptung eines früheren Anwesenden der Landwirtschaftskammer, daß die Obstverforgungsausschüsse die Verforgung der Stadt Karlsruhe mit Obst unmöglich machen, ist völlig grundlos.

Trotz der Inappen Kirchengemeinde ist es bis jetzt der Obstverforgung gelungen, 10 000 Renteur Kirchengemeinden an den Markt zu bringen, davon allein nach Karlsruhe 2000 Renteur. Für die Ueberlieferung des Höchstpreises von 75 Pf. auf den Wochenmärkten kann dabei die Obstverforgung ebensowenig verantwortlich gemacht werden. Ihre Aufgabe besteht

in der Erfassung des Kirchengeldes zu dem Erzeugerhöchstpreis von 55 Pf. zur Weiterlieferung an Groß- und Kleinhandel auf dem Markt. Daß sie dabei auf eine Verteuerung der Kirchengemeinden, ist ebenfalls unrichtig. Ihre eigene Verantwortung sind 5 Pf. Erzeugerhöchstpreis. Daraus besteht ihre sämtlichen Einkünfte (Kaufver, Verleger, Aufsichtsbearbeiter, Verwaltungs- und Geschäftsmittel u. a.).

Die Anträge des früheren Anwesenden der Badischen Landwirtschaftskammer, Herrn Kaufmann Gund, sind die gleichen wie im Jahre 1917. Nachdem Herr Gund vor Vertretern der Regierung und anderen einwandfreien Reuten erklärt und auch schriftlich bestätigt hat, daß er alle gegen die Geschäftsstelle der Badischen Obstverforgung und die Landwirtschaftskammer gerichteten Vorwürfe und Anträge zurücknimmt, hat es bisher die Landwirtschaftskammer unterlassen, aus den Darlegungen des Herrn Gund in Verammlungen und in der Presse Stellung zu nehmen. Da Herr Gund neuerdings keine Anträge wiederholt, überlassen wir es dem Publikum, sich darüber eine Meinung zu bilden. Wenn persönlicher Anträge wird Herr Kaufmann gegen Herrn Gund Privatklage antreten.

Die Lebensmittel-Marktkontrolle durch die Volkswehr.

Die Beschlagnahme beim Bulacher Bürgermeister. Auf die verschiedenen Mitteilungen in den Zeitungen über den Vizebürgermeister Sembrauer in Bulach, nach denen dieser die von der Volkswehr beschlagnahmte Ware für den Kommunalverband Karlsruhe-Land beschafft habe und keine Schiedsungen oder unläutere Motive vorlegen sollen, gibt die Volkswehr Karlsruhe der Öffentlichkeit folgenden Bericht:

- 1. Der Vizebürgermeister von Bulach hat vor etwa 14 Tagen Beamten am Hauptbahnhof 75 Kilo Speck, das Fund zu 16 M. geliefert. Zwei sind hierfür vorhanden.
2. Am Tage der Beschlagnahme stand vor der Wohnung des Vizebürgermeisters ein Handwagen, der eine Kiste mit Speck und Speck und nach einer Anrede des Vizebürgermeisters für Beamte des Bezirksamts bestimmt war.
3. Nach Neuburgweiler wurde an den dortigen Vizebürgermeister 1 Kilo Del, der Liter zu 28 M. geliefert.
4. Nach Weiertheim verkaufte Sembrauer Speck für 12 M. und Fett für 18 M. das Fund.
5. An eine Metzgerei in Bulach verkaufte der Vizebürgermeister 1 Kilo Del, der Liter zu 28 M. mit der Anweisung, das Del zu 29 M. den Liter zu verkaufen. Ein Beamter von Bulach hat mit einer Metzgerei zusammen das von Sembrauer gelieferte Del verkauft.
6. Das Vizebürgermeisteramt hat keine Bücher darüber geführt, aus denen der rechtmäßige Einkauf oder Verkauf der von uns beschlagnahmten Ware hervorgeht.

Die Razzia in Neuburgweiler.

Unser Korrespondent schreibt uns von dort: In den Tagesblätter ist dieser Razzia eine Mitteilung über eine durch die Karlsruher Volkswehr am 28. v. M. hier vorgenommene Razzia nach Schleißhandelsware gemacht worden. Am Interesse der Ehre der hiesigen Bevölkerung sei dieser Mitteilung ergänzend folgendes beigefügt: Der Handel mit Auslandsware war hier seit Wochen im Stillstand; er wurde öffentlich angetrieben; er schaffte eine erhebliche Menge von Lebensmitteln für die Bevölkerung, die die Kommunalverbände selber nicht beschaffen konnten. Ein Kommunalverband hat selbst mit Autos hier am besten Tage Waren gekauft und fort geschickt. Was es nun notwendig, daß die Karlsruher Volkswehr, 200 Mann stark, mit 6 Maschinenwehren ausgerüstet, mitten in der Nacht unter friedlichem Vorüber der Bevölkerung aus den Betten klopft, die tagsüber schlafen arbeiten und der Nacht Ruhe wohl zu können ist? Das war ein niemals so billiger Uebergriff, der öffentlich gerügt werden muß und nach an anderer Stelle zur Sprache gebracht werden wird. Auf diese Weise vertritt man die Land- und besonders die Bauernbevölkerung und wer muß das haken? Niemand anders als die Stadthelfer, die werden die kommenden Wochen sehen. Wenn in Zukunft derartige Schleißhandelsrevisionen vorgenommen werden müssen, so tun man das am besten Tage und ohne Maschinenwehren. Was hat man nun in Neuburgweiler gefunden? Copie hier nicht. Die Ware war rechtlich erprobte Auslandsware. Höchstens das schwarze Schafschaf und etwas Tomates Fleisch, und deshalb ein Aufbruch von 200 Mann gegen ein kaum 800 Seelen zählendes Dorf! Wir sind gespannt, was die Regierung dazu tun wird, wenn die Sache an makaberer Stelle erörtert wird.

Gerichtssaal.

c. Karlsruhe, 3. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer IV wurden verurteilt: Wegen mehrfachen, teils schwerer Diebstahls und Diebstahlsversuchs zu Gefängnisstrafen: Alois Schmitt, Schlosser aus Karlsruhe, von 2 Jahren, Julius Kutz, Dreher aus Karlsruhe, von 1 Jahr 2 Monaten, Johann Martin Strahner, Gärtner aus Heinsheim von 1 Jahr, Friedrich Hermann Geim, Flechter von Ruppurr, von 4 Monaten; ferner wegen Beleidigung Gottlieb Ferd. Eberlschwein, Tagelöhner aus Karlsruhe, unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, Willi August Lhiel, Hilfsarbeiter aus Neu, zu 2 Monaten Gefängnis, Wilhelm Theodor Fuchs, Goldarbeiter aus Neieren, wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, Emil Krieger, Landwirt aus Allmendingen, wegen Diebstahls i. N. und Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis, Karl Beschold, Tagelöhner aus Amelingen und Wilhelm Kiefer, Tagelöhner aus Amelingen, wegen Diebstahlsversuchs, ersterer zu 3 Monaten, letzterer zu 4 Monaten Gefängnis, Anton Bühler, Tagelöhner aus Bisental, wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis.

Sport.

Fußball. Heute, Samstag, abend um 7 1/2 Uhr trafen sich auf dem R. F. V. Platz (berlangerte Mollstrasse) die beiden ersten Fußballmannschaften des 1. Bad. Freim. Bats. Heidelberg und des 2. Bad. Freim. Bats. Karlsruhe zu einem Wettspiele. Beide Mannschaften verfügten über sehr gutes Spielmaterial. Manche gutbekannte Spieler des Karlsruher Bezirkes sind in den Mannschaften zu finden.

Die Meisterschaften des süddeutschen Verbandes für Leichtathletik finden am 20. Juli in Baden-Baden statt. Neben den üblichen Lauf-, Wurf- und Sprungwettbewerben wird erstmals ein 4x100-Meter-Staffellauf und zwei Weiterwerfen für Damen, nämlich ein 80-Meter-Lauf und ein 4x80-Meter-Staffellauf, ausgetragen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Abt. versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Näherung von Handelsbeziehungen zu Rußland.

W. B. Berlin, 2. Juli. In diesen Tagen ist, wie wir hören, eine deutsche Kommission aus Rußland nach Deutschland zurückgekehrt. Die Kommission hat sich etwa 3 Wochen in Rußland aufgehalten und hat die dortigen Wirtschaftsverhältnisse studiert. Die Eindrücke, die sie empfangen hat, sind durchaus günstig. Die Kommission bestand aus Vertrauensmännern der deutschen Großindustrie und der Zweck der Studienreise war, zu prüfen, ob in naher Zeit die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen der deutschen Industrie zur russischen Industrie möglich wäre. Insbesondere ist es der deutschen Elektro-Industrie, der deutschen Waggonbau-Industrie und der deutschen Maschinen-Industrie darum zu tun, mit Rußland so bald wie möglich in Geschäftsverbindung zu kommen.

Das Rußland von Deutschland in erster Linie braucht, sind: landwirtschaftliche Maschinen und chemische Produkte, insbesondere Seife. Dabei ist nicht unwichtig, daß der russische Landwirt im Gebrauch der Maschinen noch so rückständig ist, daß er Maschinen, die in Deutschland technisch überholt sind, noch sehr modern findet; die deutsche Industrie kann also auch für Maschinen älterer Typen und auch Maschinen, die schon gebraucht sind, in Rußland noch Absatz finden.

Das Rußland als Zahlungsmittel zu bieten vermögen, sind Agrarprodukte und Textilrohstoffe, vor allem Baumwolle, die in gewissen Teilen des asiatischen Rußland vorhanden sind. Auch der Fischfang könnte in Rußland so organisiert werden, daß er der deutschen Ernährung in reichem Maße zur Verfügung kommen könnte.

Nicht nur ein Waren-, sondern auch ein Menschenaustausch zwischen Deutschland und Rußland wird sich aber in der nächsten Zeit ermöglichen lassen. Deutschland wird leider in den nächsten Jahren einen großen Menschenleberausfluß haben, und es wird für Deutschland notwendig und möglich sein, Menschen nach Rußland zu exportieren. Was Rußland zunächst an deutschen Menschen braucht, sind: Ingenieure, Techniker, Mechaniker.

Politische Hindernisse für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer bestehen nach unserer Auffassung nicht. Daß die Russen die erwähnte deutsche Kommission aufgenommen haben, beweist schon, daß sie auch mit dem gegenwärtigen und nicht etwa nur mit einem durch eine rein wirtschaftliche aber zur hochentwickelten Regierung orientierten Deutschland arbeiten wollen. Es ist den Russen einwillig, mehr darum zu tun, ihre Wirtschaft mit Hilfe der deutschen Wirtschaft zu beleben, als den Weltöffentlichkeit zu propagieren. Wir glauben zu wissen, daß die russische Regierung geneigt ist, in diesem Punkte weitgehende Zugestehen zu geben und ehrlich zu halten.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse. Berlin, 4. Juli. Die Börse befand heute wieder zum trotz vielfacher, mit zeitweiliger Abschmächung verbundenen Schwermutalierung eine recht erhebliche Stimmung. Schiffahrtswertungen waren ansehnlich auf Hamburger Käufe bedeutend, namentlich die 9 Proz. annehmen. Von Montanwerten trafen Oberstele bei Kursstärkerungen bis zu 10 Proz. die Hauptrolle unter Bevorzugung von Rationieren und Oberstele Eisenbahndar. Bei Karbiverten und Elektroanliegen war die Kursbewegung ungleichmäßig. Von Spezialpapieren waren Reichsbank, Daimler-Motoren und Deutsch-Brennerei bemerkenswert befestigt. Am Anleihemarkt waren Deutsche Anleihen auf bebaute. Staatsanleihen notierten 80 bis 79 1/2, österreichische und ungarische Renten fest und teilweise höher.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (4. Juli, 3. Juli) and various stock and bond prices (e.g., Schantung, Berlin, Daimler, etc.).

Devisenmarkt. Telegraphische Ausstellungen für:

Table with columns for date (4. Juli 1919) and exchange rates for various locations (e.g., Holland, Danemark, Schweden, etc.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Auch heute war die Haltung auf allen Marktabteilen von Beginn an fest, und die Kursbesserung setzte sich im Laufe des Tages zum Teil in wesentlich verstärkter Maße weiter fort. Die Meldung, die von privater Seite

vorlag, daß die Aufhebung der Blockade bald erfolge, hat das Anlaßbedürfnis weiter verstärkt. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit standen Daimler, die ansehnlich höher ansetzten. Desgleichen lauen Adlerwerke, Benz, Motoren Oberstele allgemein fest. Kräfte erholten sich ferner Oberbedar, Caro, während die übrigen Montanwerte bei rubigem Verkehr sich nur wenig veränderten. Kursstärkerungen erlitten Schiffahrtswertungen. Ferner lagen Schanunabgaben an. Bantwerke lauen fest. Diskontogeldmarkt. Deutsche Bank, Darmstädter Bank fanden in reiner Nachfrage. Auch Mittelbanken fanden bei reiner Nachfrage zu besseren Kursen Aufnahme. Chemische Aktien haben an Beliebtheit eingebüßt. Elektrische Griesheim, Badische Anilin schmächteten sich ab. Dagegen lauen chemische Basen fest. Am freien Verkehr waren Geldbura stärker befestigt. Petroleumaktien rubig. Der Einheitsmarkt blieb fest. Interesse bestand für Maschinenfabrik - Aktien. Ferner waren Metall Bina, Metall-Werke, Gelsenkirchen Gußstahl zu höheren Kursen aktiviert. Fest lauen Badische Ueberfabrik, Maschinenfabrik Badenia Weimheim. Am Rentenmarkt waren Deutsche Anleihen lebhafte gefragt, besonders 3 Proz. und 3 1/2 Proz. Reichsanleihe, ferner Consols. Staatsanleihen lauen zwischen 80 1/2 und 80. Die Börse schloß bei ziemlich lebhaftem Geschäft und fester Haltung. Reichsbanknot. etw. 3 1/2 Prozent.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (4. Juli) and various stock and bond prices (e.g., Badische Bank, Darmst. Bank, D. Bank, etc.).

Amerikanische Konkurrenz auf dem holländischen Eisenmarkt. Französische Blätter melden aus Amsterdam: Die American Bethlehem Steel Corporation errichtet in Amsterdam und Rotterdam Verarbeitungsstellen, die hauptsächlich die deutschen Eisenzeugnisse vom holländischen Markt verdrängen sollen.

Briefkasten.

Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Monatsentscheidung beigefügt ist. Briefe schließen Antwort genähigt, auch Widerspruch. Zinsfreie der Kriegsanleihe sind keine rechtlichen Zahlungsmittel mehr, werden aber natürlich von der Reichsbank eingelöst. Der Eisenbahnkäufer konnte aus dem Raum nicht annehmen. Die Wagnisse im vorigen Jahre galt lediglich der Beförderung der Zahlungsmittelverpflichtung. (Quittung haben Sie bereits erhalten.)

Vom Wetter.

Bericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Subcarabie vom 4. Juli 1919: Von Südwesten her ist hoher Druck binnenwärts vorgerückt und hat das über Ostbayern gelegene Tief nordwärts verdrängt; gleichzeitig hat sich auch das Minimum über der Nordsee verlagert. Stärkere Regenfälle fielen gestern noch in West- und Süddeutschland; die Temperaturerwartungen lauen hier mit durchschnittlich 13 Grad Celsius am tiefsten. Die Beobachtungsberichte berichten nun wieder trockener und wärmerer Witterung. Vorherige bis Samstag, den 5. Juli, abends: Schwache Winde wechselnder Richtung, bewolkter heiter, wärmer; später lokale Gewitter.

Table with columns for location (Orts-Bezirk) and weather data (Barom., Therm., Wind, etc.).

Hausfrauenbund.

Beifolgend für die Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli. Sonntag: Saugsaug, Kaffee mit Kaffee oder Birne. Abends: Kartoffel mit Kartoffel. Montag: Kaffeestunde, Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Dide Kartoffel mit Speck. Dienstag: Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Kartoffel mit Speck. Mittwoch: Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Kartoffel mit Speck. Donnerstag: Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Kartoffel mit Speck. Freitag: Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Kartoffel mit Speck. Samstag: Saftkuchen, Obst und Gebäck. Abends: Kartoffel mit Speck.

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc.

beseitigen wir mittels unserer unübertroffenen Vertilgungsmittel. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.